

## ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

**Absender:**

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

**Betreff:**

Anfrage der SPD-Fraktion

hier: Öffnung der Schulen in der Coronakrise

**Beratungsfolge:**

30.04.2020 Haupt- und Finanzausschuss

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Verwaltung berichtet über die entstandenen Schwierigkeiten bei der Aufnahme des Unterrichts am vergangenen Donnerstag. Insbesondere sollte dabei auf die Kommunikations- und Dispositionsschwierigkeiten mit dem Land (Schulministerium) eingegangen werden.
2. Die Verwaltung stellt dar, wie und mit welcher Unterstützung des Landes eine für den 04.05.2020 angekündigte erweiterte Öffnung der Schulen in Hagen vorbereitet wird.
3. Die Verwaltung wird gebeten zu erläutern, ob bereits Vorbereitungspläne für eine – möglicherweise teilweise – Öffnung der städtischen Kindertagesstätten vorliegen.
4. Der Rat der Stadt Hagen richtet den dringenden Appell an Ministerpräsident Laschet, einen „Krisenstab Schule“ einzurichten. Entsprechend der Forderung der Elternverbände in NRW sollten Politiker, Lehrer, Eltern, Schüler, Vertreter der Städte und Mediziner in diesem Stab vertreten sein, um das schulische Lernen in Coronazeiten möglichst langfristig zu begleiten und vorausschauend und einheitlich zu bestimmten und zu kommunizieren.

**Kurzfassung**

entfällt

**Begründung**

siehe Anlage

**Inklusion von Menschen mit Behinderung**

Belange von Menschen mit Behinderung

sind nicht betroffen

Herrn  
Oberbürgermeister  
E.O. Schulz  
im Hause

29. April 2020

### **Öffnung der Schulen in der Coronakrise**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

wir bitten um Aufnahme des og. Dringlichkeitsantrags für die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses gem. § 6 Abs.2 GeschO, am 30. April 2020.

#### **Beschlussvorschlag:**

- Die Verwaltung berichtet über die entstandenen Schwierigkeiten bei der Aufnahme des Unterrichts am vergangenen Donnerstag. Insbesondere sollte dabei auf die Kommunikations- und Dispositionsschwierigkeiten mit dem Land (Schulministerium/) eingegangen werden.
- Die Verwaltung stellt dar, wie und mit welcher Unterstützung des Landes eine für den 4. Mai angekündigte erweiterte Öffnung der Schulen in Hagen vorbereitet wird.
- Die Verwaltung wird gebeten zu erläutern, ob bereits Vorbereitungspläne für eine – möglicherweise teilweise – Öffnung der städtischen Kindertagesstätten vorliegen.
- Der Rat der Stadt Hagen richtet den dringenden Appell an Ministerpräsident Laschet, einen „Krisenstab Schule“ einzurichten. Entsprechend der Forderung der Elternverbände in NRW sollten Politiker, Lehrer, Eltern, Schüler, Vertreter der Städte und Mediziner in diesem Stab vertreten sein, um das schulische Lernen in Coronazeiten möglichst langfristig zu begleiten und vorausschauend und einheitlich zu bestimmten und zu kommunizieren.

#### **Begründung:**

Neben vielen weiteren Bürgermeistern und Oberbürgermeistern aus NRW hat auch Hagens Oberbürgermeister Schulz die zu kurze Vorlaufzeit für die Öffnung der Schulen sowie widersprüchliche Aussagen der Landesregierung zu Hygienestandards bemängelt.



Ministerpräsident Laschet (CDU) hat die landesweiten Vorwürfe eines schlechten Krisenmanagements bezüglich der Schulen zurückgewiesen und die Kommunen für Fehler und Versäumnisse verantwortlich gemacht.

Ein Affront gegen alle Kommunen im Land, die als Schulträger die Vorbereitungen in den Schulgebäuden in Zeiten der Corona-Pandemie gestemmt haben. Der Düsseldorfer Schuldezernent und Stadtdirektor Burkhard Hintzsche ließ das wie viele andere Verantwortliche in den Städten nicht auf sich sitzen und konterte: Leider gebe das Land auch jetzt bei Corona keine gute Figur ab, sondern sorge eher für Chaos, wenn teilweise alle paar Stunden Rundmails mit neuen Anweisungen herausgingen.

Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf eine erweiterte Schulöffnung ab dem 4. Mai fühlen sich nach Aussagen der Elternverbände auch die Eltern und Schüler von der Landesregierung alleine gelassen. Aus der Sicht von Städtetag, Landkreistag und Städte- und Gemeindebund gibt es noch viele offene Fragen. Zum Beispiel wie die vorprogrammierten Raumprobleme bei Anwendung der Abstandsregeln gelöst werden sollen, wenn immer mehr Kinder in die Schulen kommen.

Mit der Aussage von Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP), sie stelle den Schulträgern für die weitere Öffnung der Schulen ab dem 4. Mai eine „ausreichende Vorbereitungszeit“ in Aussicht, könnte der nächste Konflikt vorprogrammiert sein. Diese Schüler, so die Ministerin, würden „frühestens ab dem 7. Mai“ in die Schulen kommen. Also bereits vier Tage nach der Öffnung.

Freundliche Grüße



Dr. Friedrich-Wilhelm Geiersbach  
SPD-Ratsfraktion